

„Rehakliniken leiden massiv“

Gesundheit Nach der Pandemie zeichnet sich ein eklatanter Personalmangel ab. Vertreter der Klinikgruppe Enzensberg schildern Gesundheitsminister Klaus Holetschek ihre Probleme

Hopfen am See Vertreter der m&i-Klinikgruppe Enzensberg haben sich mit dem bayerischen Gesundheitsminister Klaus Holetschek und dem Allgäuer Bundestagsabgeordneten Stephan Stracke getroffen, um über die Auswirkungen der Covid-Pandemie für die Akut- und Rehakliniken sowie die Personalausstattung der Zukunft zu sprechen. „Die Corona-Pandemie ist nicht spurlos an uns vorübergegangen. Im Akutbereich gab es gute Ausgleichszahlungen. Die Rehakliniken aber leiden massiv“, fasst Etzel Walle, Geschäftsführer der Klinikgruppe Enzensberg, die aktuelle Situation zusammen. Trotz allem habe man wegen der Pandemie keine Mitarbeiter entlassen und das Instrument der Kurzarbeit nur punktuell einsetzen müssen. „Wir wissen um die soziale Verantwortung als Arbeitgeber“, unterstrich Walle.

Mit Blick auf die demografische Entwicklung zeichne sich zudem ein eklatanter Mangel an Fachkräften im ärztlichen und pflegerischen Bereich ab. Und dieses Problem werde noch verschärft durch die Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung (PpUGV) des Bundesgesundheitsministeriums. „Die festgesetzten Untergrenzen für das Pflegepersonal sind für pflegesensitive Bereiche gut und wichtig. In der konservativen Akut-Orthopädie oder Diabetologie sind sie jedoch in der jetzigen Form nicht sinnvoll“, erklärte Veronika Diepolder von der zentralen Geschäftsleitung für Finanzen, Controlling und Einkauf. Laut PpUGV ist die maximale Anzahl von Patient pro Pflegefachkraft zum Beispiel für die Bereiche der Chirurgie, zu der aktuell auch die konservative Akut-Orthopädie zählt, identisch, obwohl die Patienten einen anderen Bedarf haben. Um diese Vorgaben erfüllen



Beim gesundheitspolitischen Austausch (von links): Füssens Bürgermeister Maximilian Eichstetter, der Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke, Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek, Etzel Walle (Geschäftsführer m&i-Klinikgruppe Enzensberg), Herwig Heide (Leiter der Abteilung Krankenhausversorgung im Gesundheitsministerium) und Alexander Heim (Kaufmännischer Direktor m&i-Fachklinik Enzensberg). Foto: Fachklinik Enzensberg

zu können, sei ein enormer Stellenaufbau bei gleichbleibendem Arbeitsaufkommen notwendig.

„Hier werden unnötig Kosten produziert und Pflegefachkräfte den Bereichen entzogen, in denen sie dringend benötigt werden“, sagte Walle. Er appellierte, Ausnahmeregelungen für solche Bereiche zu vereinbaren. „Mit Blick auf den enormen Dokumentations- und Steuerungsaufwand für die Pflege muss dieses administrative Monstrum entbürokratisiert werden“, ergänzte Alexander Heim, kaufmännischer Direktor der Fachklinik.

Gesundheitsminister Klaus Holetschek betonte: „Ich halte die PpUGV mit den Mindestpersonalvorgaben für ein wichtiges und hilfreiches Instrument, um Pflegekräfte und Patienten zu schützen.“ Er teile aber die Auffassung, dass diese Verordnung mit „ihren pauschalisierten und zu undifferenzierten Vorgaben den beschriebenen Sonderfällen nicht gerecht wird“. Zumal die Situation auf dem Arbeitsmarkt schwierig sei. „Das heißt: Die Pflegekräfte, die wir haben, müssen zielgerichtet an den Stellen eingesetzt werden, an denen sie die Pa-

tienten auch tatsächlich benötigen.“ Er fordere den Bund auf, hier nachzubessern. Der Gesundheitsminister verwies bei seinem Besuch auf die große Bedeutung der Rehakliniken: „Die medizinische Rehabilitation hat im Gesundheitswesen eine herausragende Bedeutung. Bayern ist führend, wenn es um Rehakliniken und ihre Behandlungsangebote geht“, erklärte Holetschek. Dr. Hans-Jürgen Gdynia, Chefarzt der Neurologie/Geriatrie der Fachklinik Enzensberg, berichtete, wie die Rehakliniken den Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten in den

vergangenen Monaten den Rücken freigehalten und zugleich die Versorgung der Rehabilitanden aufrecht erhalten haben.

„Unsere Klinikgruppe ist gut aufgestellt, obwohl in den letzten 15 Monaten massiv Erlöse weggefallen sind. Dass die Klinikgruppe das überleben konnte, ist vor allem auch dem schnellen Eingreifen der Politik zu verdanken, die Gesetzespakete zur Unterstützung der Kliniken auf den Weg brachte“, betonte Walle. Beispiels sei die Unterstützung des Freistaats Bayern zu Beginn der Pandemie gewesen.

Nicht gut angefallen sind laut Diepolder hingegen die Zahlungen der befristeten Zuschlagsvergütung corona-bedingter Mehraufwendungen für die Hygiene- und Organisationsmaßnahmen in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen. Bislang seien keine Gelder geflossen. „Damit sich die Rehabilitationskliniken auf die Versorgung der Long- und Post-Covid-Patienten konzentrieren können, müssen die finanziellen Auswirkungen der Krise für sie weiterhin abgedeckt und die Liquidität gesichert sein“, forderte Walle. Dies beinhalte auch die politische Entscheidung, dass Long- und Post-Covid im vorhandenen System der Rehakliniken behandelt und finanziert werde.

Der Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke sicherte seine Unterstützung der Einrichtungen und ihrer Mitarbeiter zu. „Die Akut- und Rehakliniken verdienen höchsten Respekt für die in den letzten Monaten geleistete Arbeit.“ Der Bund habe den finanziellen Ausgleichsbedarf für die Rehakliniken weiter im Blick, versicherte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag abschließend. (pm)